

Südsudan: neuer Staat, große Herausforderungen

Die internationale Gemeinschaft muss in Nord- und Südsudan engagiert bleiben

Martin Pabst



Dr. phil.

Martin Pabst, geb. 1959, beschäftigt sich als selbstständiger Politikwissenschaftler im Büro Forschung & Politikberatung, München, schwerpunktmäßig mit Problemen Afrikas. Im August/September 2010 studierte er vor Ort die Entwicklungen in Nord- und Südsudan.

Als der ›Anglo-ägyptische Sudan‹ am 1. Januar 1956 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, war der Optimismus groß. Die Briten hatten eine effektive Verwaltung und Armee aufgebaut, das Land verfügte im Zentrum über eine Universität, eine Technische Hochschule und ein Netz an Schulen, wenngleich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung nicht lesen und schreiben konnte. Erfolgreiche Bewässerungsprojekte, wie der Gesira-Baumwollanbau, waren ausbaufähig, die Handelsbilanz war positiv. Die neuen Führer gelobten, so schnell wie möglich die unterentwickelten Regionen auf das Niveau des Zentrums heranzuführen. Ethnische, kulturelle und religiöse Unterschiede sollten in der neuen Nation keine Rolle spielen. Namhafte Beobachter sahen damals eine afrikanische Führungsmacht heranwachsen, einen Motor des Fortschritts und ein Vorbild an Multikulturalität.

55 Jahre später ist die Bilanz ernüchternd. Das Land hat sein Potenzial nicht genutzt. Revolutionen und Putsche erschütterten den Staat, jahrzehntelange Bürgerkriege im Süden (1955–1972, 1983–2005) brachten nicht nur unermessliches Leid, sondern zerstörten auch die Infrastruktur und belasteten Wirtschaft und Finanzen. Im Norden wie im Süden entfallen heute mehr als ein Viertel der Staatsausgaben auf Militär und Sicherheit.

London und Kairo hatten die Südsudanesen nicht gefragt, ob sie einem Einheitsstaat angehören wollten. Khartum hielt seine Entwicklungsversprechungen nicht ein, weder im Süden noch an der nordsudanesischen Peripherie. Immer wieder versuchten die Machthaber, dem heterogenen Land eine einheitliche Identität aufzuzwingen, zunächst unter arabisch-nationalistischen, später unter arabisch-sozialistischen, schließlich unter arabisch-islamistischen Vorzeichen. Dagegen rebellierten insbesondere die christlichen beziehungsweise animistischen, schwarzafrikanischen Südsudanesen. Lange kämpften sie für eine Autonomie und unter dem im Juli 2005 tödlich verunglückten John Garang für einen grundlegend reformierten ›Neuen Sudan‹.

Das von den Vereinten Nationen und anderen außenstehenden Akteuren unterstützte und als Garanten mitunterzeichnete ›Umfassende Friedensabkommen‹ von 2005 versuchte, den Bürgerkrieg mit über zwei Millionen Toten zu überwinden und eine gerechte Ordnung zu errichten. Beide Parteien verpflichteten sich, die Einheit des Landes als Priorität zu betrachten und Unterschiede in der Entwicklung und Ressourcenverteilung auszugleichen. Doch wurde den Südsudanesen auch ermöglicht, dem Norden die rote Karte zu zeigen: Nach einer sechsjährigen Übergangsfrist durften sie in einem Selbstbestimmungsreferendum zwischen Einheit und Trennung wählen.

Erschreckt nimmt man nun in Nordsudan und im Ausland zur Kenntnis, dass sich fast 99 Prozent der Südsu-

danesen für einen eigenen Staat entschieden haben. Hierfür gab es gute Gründe. So war Khartum 2005 nicht bereit, in Nordsudan auf die Scharia zu verzichten. Auch hat die von der Nationalen Kongresspartei dominierte Übergangsregierung weder die versprochene landesweite Entwicklung noch eine wirkliche Demokratisierung eingeleitet. Die meisten südsudanesischen Politiker betrachteten die im Jahr 2005 gewährte Autonomie als Vorstufe für volle Staatlichkeit. Das gegenseitige Vertrauen ist minimal, und weder im Norden noch im Süden gab es eine politische Vision für einen ›Neuen Sudan‹. Angesichts der Verletzungen und Enttäuschungen der Vergangenheit ist es nicht verwunderlich, dass der eigene Staat zum Fixpunkt aller südsudanesischen Hoffnungen wurde.

Die Abstimmung war frei und fair, weswegen dem neuen Staat die Anerkennung nicht zu versagen ist. Nach Jahrzehnten der Marginalisierung und Gewalt haben die Südsudanesen das in der internationalen Politik nur selten zugestandene Sezessionsrecht grundsätzlich verdient. Jeder Selbstbestimmungsfall ist freilich anders. Ein völkerrechtlicher Freibrief für andere ist die Loslösung Südsudans nicht – möglicherweise wird sie Sezessionsbestrebungen in einem Kontinent mit fremdbestimmten Grenzen aber anfachen.

Nun ist die internationale Gemeinschaft aufgefordert, eine friedliche Scheidung zu unterstützen. Bis zur Staatsgründung im Juli 2011 müssen beide Parteien wichtige Fragen klären: Staatsbürgerschaft, Minderheitenrechte, Bewegungsfreiheit, die Aufteilung staatlicher Vermögenswerte und Schulden, internationale Verträge, den genauen Verlauf der Grenze, die Beteiligung an wirtschaftlichen Ressourcen. Oberstes Ziel müssen gutnachbarliche Beziehungen sein, ansonsten droht der Ausbruch eines neuen Krieges wie 1998 zwischen Äthiopien und Eritrea. Wünschenswert wäre die Schaffung einer entmilitarisierten Pufferzone und Entsendung einer Folgemission für die UN-Mission in Sudan (UNMIS).

Tatkräftig muss dem neuen Staat Südsudan bei der Bewältigung seiner immensen Herausforderungen geholfen werden: gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, entwicklungsorientierter Einsatz der Öleinnahmen, Fachkräfteschulung, Kampf gegen die erschreckende Armut und Unterentwicklung.

Die internationale Gemeinschaft muss aber auch den Norden im Blick behalten, wo nicht nur Darfur auf dem Spiel steht. Denn der Verlust des Südens und großer Teile der Ölvorkommen erschüttert das Land und wird den Kampf um die Macht anheizen. Wenn in Nordsudan keine gerechte politische und wirtschaftliche Ordnung ausgehandelt wird, droht sich dort die Geschichte zu wiederholen: langjährige Bürgerkriege, fortschreitende Destabilisierung und territoriale Desintegration.